



16.041

## **Voranschlag der Eidgenossenschaft 2017 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2018–2020**

### **Budget de la Confédération 2017 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2018–2020**

*Differenzen – Divergences*

#### CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.16 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.12.16 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.16 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.16 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.16 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.16 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.16 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.16 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.12.16 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

#### **1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten 1. Budget des unités administratives**

**Präsident** (Stahl Jürg, Präsident): Es verbleiben noch neun Differenzen, sechs davon sind Gegenstand von Minderheitsanträgen. Wir behandeln sämtliche Differenzen in einer Debatte.

**Quadranti** Rosmarie (BD, ZH): Ich gebe zu, ich bedaure es, dass ich einen Minderheitsantrag zur Position 202.A231.0356 stellen muss. Die Minderheit beantragt Zustimmung zum Beschluss des Ständerates. Die Finanzkommission hat gestern in der Sitzung zur Differenzbereinigung mit 13 zu 12 Stimmen diesem Antrag nicht zugestimmt, obwohl klar war, dass unser Rat beim Stabilisierungsprogramm dem gleichen Anliegen zugestimmt hat. Wir müssen deshalb eigentlich die gleiche Abstimmung nochmals wiederholen. Ich bitte Sie, hier gleich wie beim Stabilisierungsprogramm dem Ständerat zu folgen und damit diese Differenz auszuräumen.

Worum geht es? Auch mit 300 000 Franken mehr ist der Voranschlag noch immer schuldenbremsenkonform. Das kann also nicht der Grund für eine Ablehnung des Antrages der Minderheit sein. Beim Stabilisierungsprogramm wollte die Mehrheit im Rat die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer nicht bestrafen. Die Mehrheit wollte nicht, dass die "Schweizer Revue" sofort nicht mehr gedruckt werden könnte oder dass die Anzahl der Ausgaben reduziert werden müsste.

Wir haben beim Stabilisierungsprogramm schon gesagt: Auch bei der "Schweizer Revue" ist der digitale Versand wohl die Lösung der Zukunft. Die "Schweizer Revue" ist auf dem Weg dazu, aber heute ist es zu früh. Vor allem die älteren Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind auf die Printausgabe angewiesen. Nehmen wir mit dem Voranschlag den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern diese Möglichkeit nicht weg! Bleiben wir wie beim Stabilisierungsprogramm unserer Linie treu, auch wenn wir sparen müssen. Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sollen uns diese 300 000 Franken mehr im Budget wert sein. Mein Appell richtet sich vor allem an diejenigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier von FDP und SVP, die auch ein Herz für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben. Wiederholen Sie deshalb, was Sie bereits beim Stabilisierungsprogramm getan haben: Stimmen Sie meiner Minderheit zu! Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer werden es Ihnen danken.





**Meyer Mattea** (S, ZH): Ich hoffe, dass ich beim dritten Mal Glück habe und mit Ihren Stimmen rechnen darf für meine beiden Minderheitsanträge zum "Schoggi-Gesetz" und zu den Integrationsmassnahmen für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge, also zu den Positionen 606.A231.0173 und 420.A231.0159.

Der Ständerat hat gestern auf einstimmige Empfehlung seiner Finanzkommission einstimmig beschlossen, auf die Kürzung bei den Integrationsmassnahmen zu verzichten, eine Kürzung, die 500 000 Franken ausmacht. Die Kürzung ist nicht nötig. Es ist sinnvoll, auf diese Kürzung zu verzichten, weil es eben nicht eine Kürzung ist, sondern einfach eine Lastenverschiebung auf die Kantone. Es hat eine falsche Signalwirkung für die Kantone, wenn der Bund, der ja mitverantwortlich ist für die Integration von Flüchtlingen, hier zurückschraubt und das den Kantonen überlässt.

Beim "Schoggi-Gesetz" bitte ich Sie, auf die Aufstockung von 26,7 Millionen Franken zu verzichten. Wie Sie alle wissen, bahnt sich ein Systemwechsel an. Diese Exportsubventionen sind in dieser Art und Weise ab 2021 nicht mehr zulässig. Es wäre jetzt ein wenig merkwürdig, wenn man gegen Ende diese Ausfuhrbeiträge erhöhen und sie nicht, wie dies hier empfohlen wird und wie es auch der Bundesrat vorschlägt, beim Durchschnitt der letzten vier Jahre belassen würde.

**Weibel** Thomas (GL, ZH): Ich begründe den Antrag der Minderheit beim Bundesamt für Landwirtschaft zur Position 703.A231.0229, "Qualitäts- und Absatzförderung".

Die Minderheit beantragt, dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen, um auf eine Aufstockung um 2,5 Millionen Franken zu verzichten. Wir haben diesen Antrag bisher in jeder Runde diskutiert und begründet; ich erlaube mir dennoch einige Worte dazu. Die Strategie, die Landwirtschaft zu unterstützen, greift bei dieser Kreditposition zu kurz. Blicken wir etwas zurück. In den vorangegangenen Voranschlägen waren jeweils höhere Beträge eingestellt. Regelmässig resultierten mit dem Rechnungsabschluss Kreditreste – Kreditreste in der Grössenordnung von eben 2,5 Millionen Franken, um die wir jetzt weniger budgetieren möchten. Aber Kreditreste nützen der Landwirtschaft nichts. Kreditreste dienen lediglich dem Schuldenabbau. Wenn Sie das wollen, dann ist das okay. Aber entscheiden Sie das bitte nicht unter dem Titel "Landwirtschaftsförderung". Die Finanzkommission des Ständerates hat sich einstimmig gegen die Aufstockung ausgesprochen, und der Ständerat ist ihr diskussionslos gefolgt.

Ich fordere Sie auf, produzieren Sie keine unnötigen Kreditreste, unterstützen Sie die Minderheit, folgen Sie dem Bundesrat und dem Ständerat!

**Hadorn** Philipp (S, SO): Querschnittkürzungen sind eine Massnahme für den Fall, dass die Ausgaben einen Staat in eine ernsthafte Schieflage bringen und es in dieser Situation mangels konkreten Handlungsspielraums fast unabhängig anderweitiger Folgen einer markanten Änderung bedarf. Gott sei Dank ist die Schweiz, hier der Bund, in keiner Art und Weise in einer solchen Notsituation. Zudem widerspricht eine solche Vorgehensweise der Funktionsweise des gerade definierten und eingeführten neuen Führungsmodells des Bundes; sie hintergeht sie. Soll das neue Führungsmodell des Bundes zu Makulatur und somit zur Fehlinvestition werden? Bereits hat der Ständerat bei der Kürzung im IKT-, also im IT-Bereich, eingelenkt, übrigens entgegen dem Anraten des hier

AB 2016 N 2162 / BO 2016 N 2162

anwesenden Sparministers. Nun verbleiben im Querschnittbereich noch zwei Differenzen. In Rasenmähermanier sollen bei "Beratung und externe Dienstleistungen" gut 60 Millionen Franken eingespart werden. Diese Budgetposition ist bereits vorgängig leicht gesunken. Es besteht das Risiko, dass konkrete Leistungen nicht mehr eingekauft werden können. Projekte laufen Gefahr, deswegen zu scheitern oder anderweitig mehr Kosten zu produzieren. Übrigens, nicht wenige private, kleine, innovative und Know-how-starke Dienstleistungsbetriebe verlieren damit Aufträge. Die Kürzung wäre für beide Seiten, für den öffentlichen Auftraggeber und für die privaten Auftragnehmer, ein schwerer Nachteil.

Stimmen Sie dem Antrag meiner Minderheit zu, gemäss Ständerat/Bundesrat auf eine weitere Reduktion zu verzichten! Kommen Sie damit dem Ständerat entgegen, welcher in diesem Verfahren ebenfalls bereits verschiedentlich Kompromissbereitschaft zeigte!

Zum Personal: Weitere 50 Millionen Franken zu sparen heisst, über 370 Stellen aufzuheben. Berücksichtigen wir noch die strukturell und rechtlich erforderliche Vorlaufzeit, bedeutet dies wohl mindestens noch einen Drittel mehr für das Jahr 2017. Nicht auf Dienstleistungen des Staates verzichten zu wollen, aber das Geld zu kürzen, erscheint mir ziemlich feige, übrigens auch nicht wirklich umsetzbar. Bedenken wir noch, wie Sparprogramme die Arbeitsbedingungen der Bundesangestellten in jüngster Zeit bereits verschlechterten, dies bei zunehmender Arbeitslast. Jetzt würde es wirklich grotesk. Seien Sie mit dem Ständerat, dem Bundesrat und meiner Minderheit. Folgen Sie dieser! Die Mitarbeitenden und die Qualität der Leistungen müssen es uns wert



sein, umso mehr, als wir uns hier nach mehrfachen Kürzungen bereits auf einem tieferen Niveau befinden.

**Brélaz** Daniel (G, VD): Le round que nous venons de terminer en Commission des finances ressemble étrangement au précédent. Si le Conseil des Etats s'est rallié à nous pour des divergences représentant des montants supérieurs à 300 millions de francs, sur un certain nombre de points, la réciprocité n'est apparemment pas de mise. Nous avons l'impression que, dans ce conseil, pas mal de gens misent sur la Conférence de conciliation, mais il n'est pas certain qu'en l'abordant dans une situation où chacun campe le plus solidement possible sur ses positions, la médiation soit si facile à réaliser que cela.

Aujourd'hui, le groupe des Verts, sans surprise, votera, comme presque tous les autres groupes, exactement comme la fois précédente. Je ne vais donc pas de nouveau vous exposer en détail nos positions.

Par contre, il y a un point sur lequel je veux m'attarder quelques instants, il s'agit de la proposition de la minorité Quadranti à la position 202.A231.0356, "Relations avec les Suisses de l'étranger". Lors de l'examen du programme de stabilisation adopté par notre conseil, nous avons inscrit des montants qui ne sont pas ceux inscrits dans le budget par le Conseil fédéral. Le Conseil des Etats a rectifié le tir en tenant compte des chiffres conformes au programme de stabilisation. Il paraît assez logique qu'un conseil qui a adopté un certain montant dans le cadre du programme de stabilisation accepte le même montant dans le cadre du budget. Ce n'est pas ce que fait pour le moment notre conseil.

A une très courte majorité, la commission a décidé de camper sur ses positions et de maintenir la décision de notre conseil. La décision a été prise par 13 voix contre 12. C'est peut-être le seul point qui permette de faire diminuer le nombre de divergences – de neuf à huit –, si on veut être un peu réaliste et à moins qu'un miracle ne se produise.

Je vous encourage vivement à vous aligner sur les positions que les Verts partagent et plus particulièrement à éliminer cette divergence qui ne tient pas debout puisqu'elle est contraire à d'autres décisions prises par notre conseil.

**Vitali** Albert (RL, LU): Gestern hat der Ständerat den Voranschlag 2017 beraten und ist einigen Beschlüssen des Nationalrates gefolgt. Vorab sind wir, die FDP-Liberale Fraktion, sehr befriedigt, dass die ausserordentlichen Ausgaben von 400 Millionen Franken nicht mehr im Voranschlag enthalten sind, d. h., dass man die Ausgaben im Asylbereich um 340 Millionen Franken gekürzt und eine Kreditsperre von 60 Millionen Franken eingefügt hat.

Heute sprechen wir noch zu neun Differenzen zum Ständerat. Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen und bei diesen Differenzen festzuhalten. Zum einen geht es um die Querschnittkürzungen bei den Personalausgaben, diese 50 Millionen Franken. Da stelle ich fest, dass das bei einem Gesamtaufwand von 5,7 Milliarden Franken eine Kürzung von 0,87 Prozent ist. Zum andern geht es um die Querschnittkürzung bei "Beratung und externe Dienstleistungen" um gut 60 Millionen Franken. Weiter geht es im SEM bei den Integrationsmassnahmen für Ausländerinnen und Ausländer um 500 000 Franken. Das ist ein kleiner Betrag, aber auch da möchte ich Sie bitten, der Mehrheit zu folgen.

Beim "Schoggi-Gesetz" haben wir eine Aufstockung von 26,7 Millionen Franken beschlossen. Bekanntlich hat der Bundesrat einmal gesagt, dass eine Grundfinanzierung von 80 Prozent gewährleistet sein soll. Wenn man diese Erhöhung von 26,7 Millionen Franken vornehmen würde, wäre das eine Ausfinanzierung von rund 80 Prozent. Weiter bitte ich Sie, der Aufstockung bei der Qualitäts- und Absatzförderung in der Landwirtschaft um 2,5 Millionen Franken zu folgen. Wir haben auch noch eine Differenz beim Finanzplan. Wir haben beschlossen, das Grenzwachtkorps ab 2018 bis 2020 um zusätzliche 36 Stellen auszubauen. Ich bitte Sie, auch diesem Antrag zu folgen.

Ich gehe nicht mehr weiter auf die einzelnen Anträge ein. Ich bitte Sie, der Mehrheit der Finanzkommission zu folgen und trotz der schon dreimaligen Diskussion die Anträge der Minderheiten dementsprechend abzulehnen.

**Gmür** Alois (C, SZ): Die CVP-Fraktion steht nach wie vor zu den Beschlüssen der Mehrheit dieses Rates. Es ist für uns wichtig, dass wir ein Budget verabschieden, das schuldenbremsenkonform ist. Der Ständerat hat gestern die Beschlüsse dieses Rates teilweise akzeptiert und ein Budget verabschiedet, das einen Handlungsspielraum gemäss Schuldenbremse von nur 7,7 Millionen Franken vorsieht. Aus Sicht der CVP-Fraktion ist dieser finanzielle Handlungsspielraum zu knapp, vor allem auch deshalb, weil der Ständerat die Ausführbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte gemäss "Schoggi-Gesetz" nicht wie unser Rat um 26,7 Millionen Franken erhöht hat. Der Ständerat trägt mit dem Festhalten an seiner Position bezüglich "Schoggi-Gesetz" der aktuellen wirtschaftlichen Situation nicht Rechnung. Der Verweis auf allfällige Nachtragskredite ist bei einem Spielraum von 7,7 Millionen Franken für die CVP-Fraktion nicht zu verantworten und schürt bei



den betroffenen Exportfirmen Unsicherheit. Wir wollen Sicherheit für diese Firmen und keine Verlagerung der Arbeitsplätze ins Ausland. Die Toblerone soll weiterhin in der Schweiz hergestellt werden können. Hier geht es um den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Die CVP-Fraktion steht nach wie vor zu den Sparbeschlüssen unseres Rates, auch wenn sie unserer ursprünglichen Meinung nicht entsprechen. 88 Millionen Franken Handlungsspielraum gemäss Schuldenbremse braucht es, um handlungsfähig zu sein. Die CVP-Fraktion wollte auch nicht ein Notbudget in Kauf nehmen und das Ansehen der Schweiz in finanzieller Hinsicht aufs Spiel setzen.

Die CVP-Fraktion unterstützt überall die Mehrheit, ausser bei den Beziehungen zu den Auslandschweizern, wo gemäss Ständerat – das ist vernachlässigbar – um 300 000 Franken aufgestockt werden soll, damit die "Schweizer Revue" nach wie vor auch in Papierform den Auslandschweizern zugestellt werden kann. Unser Rat hat auch beim Stabilisierungsprogramm – Sie haben es gehört – diese vom Bundesrat beantragte Sparmassnahme abgelehnt. Deshalb unterstützt die CVP-Fraktion bei dieser einen Position die Minderheit und sonst überall die Mehrheit.

**Hadorn Philipp (S, SO):** Der Strauss der Minderheiten ist kleiner geworden.

Das vorliegende Budget ist ein Sparbudget. Das Stabilisierungsprogramm wurde bereits umgesetzt, der Druck auf die Verwaltung ist gross. Die Leistungen, die erbracht werden,

AB 2016 N 2163 / BO 2016 N 2163

entsprechen gesetzlichen Grundlagen. Die Schweiz fährt seit Jahren Milliardengewinne ein, über 20 Milliarden Franken in den vergangenen Jahren. Und wir? Wir verhalten uns, als wären wir kurz vor dem Staatsbankrott. Das ist absurd! Natürlich wollen auch wir eine effiziente, gut organisierte und leistungsstarke Verwaltung. Viele Leistungen sollen intern erbracht werden, einzelne Spezialitäten sollen eingekauft werden. In der zweiten Runde der Differenzbereinigung sollte nun ein Minimum an Fairness gelebt werden, ein gegenseitiges Aufeinander-Zukommen stattfinden.

Zu den Anträgen: Stimmen Sie der Minderheit Quadranti zu, damit die Auslandschweizerinnen und -schweizer mit bereits reduziertem Budget die Infos aus der Schweiz weiterhin erhalten! Folgen Sie der Minderheit Meyer Mattea und stehen Sie zur Finanzierung von Integrationsmassnahmen, welche zum bereits restriktiven Asylgesetz der Schweiz zwingend auch dazugehören!

Verzichten Sie auf ungleiche Spielregeln! Im Glauben, die Landwirtschaft von Reduktionen auszunehmen, subventionieren Sie faktisch die verarbeitende Industrie mit zusätzlichen Mitteln. Folgen Sie der Minderheit beim "Schoggi-Gesetz" und auch der Minderheit Weibel, damit die Mittel für Qualitäts- und Absatzförderung nicht erhöht werden und damit der Goodwill für die Landwirtschaft in unserer Bevölkerung nicht verscherzt wird.

Mit der Unterstützung der Minderheiten Hadorn gemäss Ständerat/Bundesrat bei den Positionen "Personal ausgaben" sowie "Beratung und externe Dienstleistungen" wirken Sie mit, dass die bestellten Leistungen auch wirklich erbracht werden können. Zudem drücken Sie noch ein Minimum der dem sehr engagierten Bundespersonal zustehenden Wertschätzung aus. Das zahlt sich längerfristig auch finanziell aus.

Langfristig gesunde Finanzen beinhalten Ausgewogenheit. Im Moment scheint diese im Nationalrat verlorenzugehen. Jetzt kann noch ein Beitrag geleistet werden, um dies ein wenig zu korrigieren.

**Aeschi Thomas (V, ZG):** Wir können hier eine relativ kurze Diskussion führen. Sie haben festgestellt: Wir hatten auch jetzt wieder doch sehr klare Mehrheiten, was die Anträge unserer vorberatenden Kommission betrifft. Ich möchte Sie bitten, überall an den Beschlüssen des Nationalrates festzuhalten. Die einzige Abstimmung, bei der das Ergebnis einigermaßen knapp ausfiel, war gleich die erste, nämlich jene über die "Schweizer Revue". Das betrifft lediglich 300 000 Franken.

Bei den grossen Positionen, insbesondere bei den beiden Querschnittsanträgen auf Seite A3 der Fahne, die noch offen sind, bei "Beratung und externe Dienstleistungen" sowie bei den 50 Millionen Franken Einsparungen oder Mindermehrausgaben beim Personal, gab es in der Kommission klare Mehrheiten; die Mindermehrausgaben wurden klar bestätigt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, bei allen Positionen jeweils an den Beschlüssen unseres Rates festzuhalten.

**Maurer Ueli, Bundesrat:** Ich möchte noch kurz zu drei Punkten Stellung nehmen. Zum ersten Punkt halte ich fest, dass Sie mit der Richtung, die Sie eingeschlagen haben, die Schuldenbremse einhalten. Damit ist eigentlich das Hauptziel dieser Budgetberatungen erreicht, und ich möchte Ihnen dafür danken.

Zum zweiten Punkt: Sie haben wesentliche Verschiebungen vorgenommen. Das ist selbstverständlich Ihr Recht. Ich möchte hier aber bereits den Fokus auf die nächsten Budgetdebatten öffnen, auf die Budgets 2018,



2019 und 2020. Da wissen wir schon heute, dass wir weitere Sparmassnahmen zu beschliessen haben. Im Hinblick auf die jetzt von Ihnen vorgenommenen Verschiebungen bereiten mir diese kommenden Budgets etwas Sorgen. Sie können im nächsten Jahr dort, wo Sie jetzt aufgestockt haben, nicht weiteraufstocken. Sonst kriegen wir das nicht auf die Reihe. Das möchte ich Ihnen jetzt schon zu bedenken geben. In den letzten Jahren haben Sie ungeachtet aller Mahnungen insbesondere in der Bildung überdurchschnittlich aufgestockt. Das mag es in den nächsten Jahren nicht mehr verkraften. Wir können die nächsten Budgets nicht schaffen, indem wir einfach Querschnittkürzungen in anderen Bereichen vornehmen. Ich möchte Sie im Hinblick auf diese nächsten Budgetberatungen schon jetzt bitten, keine neuen Ausgaben zu beschliessen und nicht den Bundesrat zu übertreffen, weil wir das kaum mehr einsparen können. Wir haben diese Positionen, an denen gespart werden kann, mehrmals angepeilt. Also: keine neuen Ausgaben! Die nächste Budgetberatung wird nicht in der gleichen Art und Weise möglich sein. Wir werden uns dann auch jetzt geschonte Positionen vornehmen müssen, um die Schuldenbremse auch in Zukunft einzuhalten. So viel zum zweiten Punkt, zu den Budgets der kommenden Jahre.

Zum dritten Punkt, zu den neun noch anstehenden Differenzen: Da gibt es einige kleinere. Sie sind für das Budget nicht massgebend; dazu habe ich mich mehrmals geäussert. Ich möchte noch einmal zu den zwei Querschnittkürzungen Stellung nehmen, einerseits bei der Position "Personalausgaben", andererseits bei der Position "Beratung und externe Dienstleistungen". 50 Millionen Franken beim Personal entspricht einer Kürzung von einem knappen Prozent. Das ist schon noch einmal möglich, mit Würgen und Biegen. Aber Sie engen uns vollständig ein. Wir haben nachher kaum mehr Spielraum. Denn auch die Diskussionen in diesem Rat haben gezeigt, dass eigentlich jede Personalkürzung sofort zu Reaktionen des Parlamentes führt. Im konkreten Fall sagen Sie dann, dass jetzt genau hier wirklich nicht gespart werden kann. Und wenn wir hier eine weitere Kürzung zu verarbeiten haben, wird das vielleicht dann auch Dienstleistungen in Ihrer Region treffen. Ich bitte Sie, dann sozusagen auf die Zähne zu beißen, weil Sie diese Kürzung beschlossen haben.

Zu den Querschnittkürzungen bei "Beratung und externe Dienstleistungen": Hier, habe ich das Gefühl, gehen Sie manchmal von falschen Voraussetzungen aus. Zum einen ist dieser Betrag nicht gewachsen. Er ist zwar grösser als im letzten Budget, weil dort wegen des neuen Führungsmodells anders verbucht werden musste. Insgesamt ist der Betrag sogar etwas kleiner als letztes Jahr. Hier gibt der Bund nicht, wie vielfach in den Medien kolportiert wird, einfach blödsinnig Geld aus, wenn ich diesen Begriff brauchen darf. Hier werden vielmehr Dienstleistungen eingekauft, die wir in der Verwaltung nicht haben, beispielsweise Ingenieurleistungen für Strassenbau, Dienstleistungen für EDV-Projekte oder für den Verkauf von Autobahnvignetten usw. Mit dieser Kürzung von 8 Prozent gehen wir da und dort an die Grenze oder über die Grenze des Erträglichen hinaus. Sie werden dann feststellen, wenn Sie dem zustimmen, dass gewisse Dienstleistungen nicht mehr erbracht werden können. Denn eine Kürzung von 8 Prozent über alles heisst im konkreten Fall dann vielleicht 20, 30, 40 Prozent.

Ich möchte Sie also bitten, bei diesen grossen Querschnittsdienstleistungen beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben.

**Gschwind** Jean-Paul (C, JU), pour la commission: Je vais vous faire part brièvement des décisions qui ont été prises par notre commission hier soir. En préambule, comme cela a été dit, avant d'entrer dans le détail des divergences, il faut saluer le rapprochement opéré par les deux conseils sur certains points précis. Tout d'abord, le Conseil des Etats s'est rallié à la décision de notre conseil en renonçant aux dépenses extraordinaires de 400 millions de francs dans le domaine de l'asile, sans pour autant que le principe soit abandonné à l'avenir. Ensuite, le Conseil des Etats a fait sienne la décision de notre conseil et a consenti à une réduction de 17,4 millions de francs dans les dépenses consacrées à l'informatique et à la communication.

Abordons maintenant les neuf divergences qui subsistent entre nos deux conseils. La première divergence concerne le Département fédéral des affaires étrangères à la position 202.A231.0356, "Relations avec les Suisses de l'étranger". La commission a décidé, par 13 voix contre 12, de confirmer sa première décision et de ne pas accorder une augmentation de 300 000 francs pour la "Revue suisse" destinée aux Suisses de l'étranger, selon la décision prise dans le programme de stabilisation.

AB 2016 N 2164 / BO 2016 N 2164

La deuxième divergence concerne la position 420.A231.0159, "Mesures d'intégration", du Secrétariat d'Etat aux migrations. La majorité de la commission propose de maintenir la décision de notre conseil d'adopter le projet du Conseil fédéral. La majorité de la commission a refusé l'augmentation de 500 000 francs décidée par le Conseil des Etats, selon la décision prise lors de l'examen du programme de stabilisation.

La troisième divergence est à la position 504.A231.0112, "Activités J+S et formation des cadres", de l'Office



fédéral du sport. La commission confirme tacitement la décision initiale de notre conseil, soit une augmentation des dépenses de 1,5 million de francs.

La quatrième divergence se trouve à la position 606.A231.0173, "Contribution à l'exportation de produits agricoles transformés", de l'Administration fédérale des douanes. Il s'agit de la trop fameuse "Schoggi-Gesetz". C'est par 17 voix contre 8 que la volonté de maintenir la décision de notre conseil l'a emporté sur celle d'adhérer à la décision du Conseil des Etats d'adopter le projet du Conseil fédéral qui prévoit de ne pas augmenter le crédit inscrit à cette position.

La cinquième divergence concerne la position 708.A231.0229, "Promotion de la qualité des ventes", de l'Office fédéral de l'agriculture. La décision du Conseil des Etats d'adopter le projet du Conseil fédéral, soit une réduction de 2,5 millions de francs, a été rejetée, par 19 voix contre 6.

La sixième divergence touche le Service d'accréditation suisse. La commission confirme tacitement la décision initiale de notre conseil, soit une augmentation de 445 000 francs et la création de six équivalents plein temps pour les années 2017 et 2018.

La septième divergence est relative aux coupes transversales, en particulier au groupe de comptes "Conseil et prestations de service externes". La majorité de la commission propose de maintenir la décision de notre conseil. La décision a été prise, par 17 voix contre 8, de réduire les dépenses de 60 millions de francs, soit de 8 pour cent. Par là même, la majorité de la commission rejette la décision du Conseil des Etats de suivre le Conseil fédéral, à savoir de ne pas opérer de coupes transversales.

La huitième divergence concerne aussi des coupes transversales dans le domaine des dépenses de personnel. Par 17 voix contre 8, la commission confirme la décision de notre conseil, soit une réduction de 50 millions de francs des dépenses de personnel, et rejette la décision du Conseil des Etats de suivre le Conseil fédéral. Enfin, la neuvième divergence a trait à l'arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2018–2020. A la position 606.A200.0001, "Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)", par 21 voix contre 4, la commission a confirmé le mandat donné au Conseil fédéral par notre conseil, de relever le budget global de l'Administration fédérale des douanes de 2018 à la fin du premier semestre 2022 de manière à augmenter les effectifs du Corps des gardes-frontière de 36 postes à plein temps.

Vous l'aurez compris, la majorité de la commission a confirmé sur toute la ligne les décisions de notre conseil prises la semaine dernière et n'a fait aucune concession en direction du Conseil des Etats.

**Müller Thomas** (V, SG), für die Kommission: Herr Vitali hat es bereits gesagt, der Ständerat ist dem Nationalrat in wichtigen Punkten, nämlich in Bezug auf die teilweise ausserordentliche Finanzierung der Asylausgaben von 400 Millionen Franken und auf die Kreditsperre von 60 Millionen Franken, gefolgt. Die Fassung des Ständerates in der jetzigen Form ist mit einem Handlungsspielraum bzw. strukturellen Saldo von 7,7 Millionen Franken auch schuldenbremsenkonform. Dennoch ist die Mehrheit unserer Finanzkommission der Auffassung, dass wir bei allen verbliebenen Differenzen zum Ständerat festhalten sollten.

Wir stimmen bei sechs Differenzen ab; die übrigen sind in unserem Rat erledigt, weil keine Minderheitsanträge eingereicht wurden. Die Debatte wurde geführt; ich gebe Ihnen nur noch die Ergebnisse der Abstimmungen innerhalb der Finanzkommission bekannt: Bei der Position 202.A231.0356, "Auslandschweizerbeziehungen", wird die Aufstockung um 300 000 Franken für die "Schweizer Revue" durch den Ständerat von uns mit 13 zu 12 Stimmen weiterhin abgelehnt. Gegen diesen Entscheid ist die Minderheit Quadranti. Bei der Position 202.A231.0159, "Integrationsmassnahmen Ausländer", wird die Aufstockung um 500 000 Franken durch den Ständerat von unserer Finanzkommission mit 17 zu 8 Stimmen weiterhin abgelehnt. Ebenfalls mit 17 zu 8 Stimmen will unsere Finanzkommission an der Aufstockung beim "Schoggi-Gesetz" festhalten. Es geht um die Differenz von 26,7 Millionen Franken bei der Position 202.A231.0173, "Ausfuhrbeiträge landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte".

Zur Position A231.0229, "Qualitäts- und Absatzförderung": Die Finanzkommission will mit 16 zu 9 Stimmen an der Aufstockung um 2,5 Millionen Franken festhalten. Die beiden Querschnittkürzungen bei den Positionen "Beratung und externe Dienstleistungen" sowie "Personalausgaben" wurden von der Finanzkommission mit jeweils 18 zu 7 Stimmen bestätigt.

Ich ersuche Sie, in allen sechs Abstimmungen der Mehrheit der Finanzkommission zu folgen.

Es ist relativ klar, dass es zu einer Einigungskonferenz kommen wird. Diese ist auf morgen Mittag angesetzt. Der Handlungsspielraum beim Voranschlag in der Fassung des Nationalrates beträgt momentan gemäss Schuldenbremse 87 Millionen Franken.



**Departement für auswärtige Angelegenheiten  
Département des affaires étrangères**

*202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten  
202 Département fédéral des affaires étrangères*

*Antrag der Mehrheit*

A231.0356 Auslandschweizerbeziehungen  
Festhalten

*Antrag der Minderheit*

(Quadranti, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Gmür Alois, Gschwind, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Meyer Mattea, Schmidt Roberto, Weibel)  
A231.0356 Auslandschweizerbeziehungen  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la majorité*

A231.0356 Relations avec les Suisses de l'étranger  
Maintenir

*Proposition de la minorité*

(Quadranti, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Gmür Alois, Gschwind, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Meyer Mattea, Schmidt Roberto, Weibel)  
A231.0356 Relations avec les Suisses de l'étranger  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsident** (Stahl Jürg, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 Buchstabe s des Bundesbeschlusses II über den Finanzplan für die Jahre 2018–2020.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 16.041/14470)  
Für den Antrag der Minderheit ... 99 Stimmen  
Für den Antrag der Mehrheit ... 87 Stimmen  
(2 Enthaltungen)

AB 2016 N 2165 / BO 2016 N 2165

**Justiz- und Polizeidepartement  
Département de justice et police**

*420 Staatssekretariat für Migration  
420 Secrétariat d'Etat aux migrations*

*Antrag der Mehrheit*

A231.0159 Integrationsmassnahmen Ausländer  
Festhalten

*Antrag der Minderheit*

A231.0159 Integrationsmassnahmen Ausländer  
(Meyer Mattea, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Schmidt Roberto)  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



*Proposition de la majorité*

A231.0159 Mesures d'intégration des étrangers  
Maintenir

*Proposition de la minorité*

(Meyer Mattea, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Schmidt Roberto)

A231.0159 Mesures d'intégration des étrangers  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 16.041/14471)

Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 57 Stimmen

(3 Enthaltungen)

**Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**

**Département de la défense, de la protection de la population et des sports**

504 Bundesamt für Sport

504 Office fédéral du sport

*Antrag der Kommission*

A231.0112 J+S-Aktivitäten und Kaderbildung  
Festhalten

*Proposition de la commission*

A231.0112 Activités J+S et formation des cadres  
Maintenir

*Angenommen – Adopté*

**Finanzdepartement – Département des finances**

606 Eidgenössisches Zollverwaltung

606 Administration fédérale des douanes

*Antrag der Mehrheit*

A231.0173 Ausfuhrbeiträge landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte  
Festhalten

*Antrag der Minderheit*

(Meyer Mattea, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Weibel)

A231.0173 Ausfuhrbeiträge landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la majorité*

A231.0173 Contributions à l'exportation de produits agricoles transformés  
Maintenir

*Proposition de la minorité*

(Meyer Mattea, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Weibel)

A231.0173 Contributions à l'exportation de produits agricoles transformés

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



**Präsident** (Stahl Jürg, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 Buchstabe j des Bundesbeschlusses II über den Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2020.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 16.041/14472)

Für den Antrag der Mehrheit ... 114 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 67 Stimmen

(9 Enthaltungen)

**Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**  
**Département de l'économie, de la formation et de la recherche**

*708 Bundesamt für Landwirtschaft*

*708 Office fédéral de l'agriculture*

*Antrag der Mehrheit*

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

Festhalten

*Antrag der Minderheit*

(Weibel, Amarelle, Carobbio Guscetti, Hadorn, Kiener Nellen, Meyer Mattea)

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la majorité*

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Maintenir

*Proposition de la minorité*

(Weibel, Amarelle, Carobbio Guscetti, Hadorn, Kiener Nellen, Meyer Mattea)

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 16.041/14473)

Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 57 Stimmen

(3 Enthaltungen)

*740 Schweizerische Akkreditierungsstelle*

*740 Service d'accréditation Suisse*

*Antrag der Kommission*

E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Festhalten

*Proposition de la commission*

E100.0001 Revenus de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Maintenir

*Angenommen – Adopté*



## **Kontengruppen Groupes de comptes**

### *Antrag der Mehrheit*

Beratung und externe Dienstleistungen  
Personalausgaben  
Festhalten

AB 2016 N 2166 / BO 2016 N 2166

### *Antrag der Minderheit*

(Hadorn, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Meyer Mattea, Weibel)  
Beratung und externe Dienstleistungen  
Personalausgaben  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

### *Proposition de la majorité*

Conseil et prestations de service externes  
Dépenses de personnel  
Maintenir

### *Proposition de la minorité*

(Hadorn, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Meyer Mattea, Weibel)  
Conseil et prestations de service externes  
Dépenses de personnel  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

### *Beratung und externe Dienstleistungen*

*Conseil et prestations de service externes*

**Präsident** (Stahl Jürg, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 Buchstabe m des Bundesbeschlusses II über den Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2020.

### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 16.041/14474)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 59 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

### *Personalausgaben – Dépenses de personnel*

**Präsident** (Stahl Jürg, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 Buchstabe o des Bundesbeschlusses II über den Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2020.

### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 16.041/14475)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 124 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 62 Stimmen  
(4 Enthaltungen)



#### **4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2018–2020** **4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2018–2020**

##### **Art. 2**

*Antrag der Mehrheit*

*Bst. i, j, l, m, o, s*

Festhalten

*Antrag der Minderheit*

(Meyer Mattea, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Weibel)

*Bst. j*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Hadorn, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Meyer Mattea, Weibel)

*Bst. m, o*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Quadranti, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Gmür Alois, Gschwind, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Meyer Mattea, Schmidt Roberto, Weibel)

*Bst. s*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### **Art. 2**

*Proposition de la majorité*

*Let. i, j, l, m, o, s*

Maintenir

*Proposition de la minorité*

(Meyer Mattea, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Weibel)

*Let. j*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Hadorn, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Meyer Mattea, Weibel)

*Let. m, o*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Quadranti, Amarelle, Brélaz, Carobbio Guscetti, Gmür Alois, Gschwind, Hadorn, Kiener Nellen, Maire Jacques-André, Meyer Mattea, Schmidt Roberto, Weibel)

*Let. s*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Bst. i, j, l, m, o – Let. i, j, l, m, o*

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

*Bst. s – Let. s*

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit*

*Adopté selon la proposition de la minorité*